

GRIECHENLAND

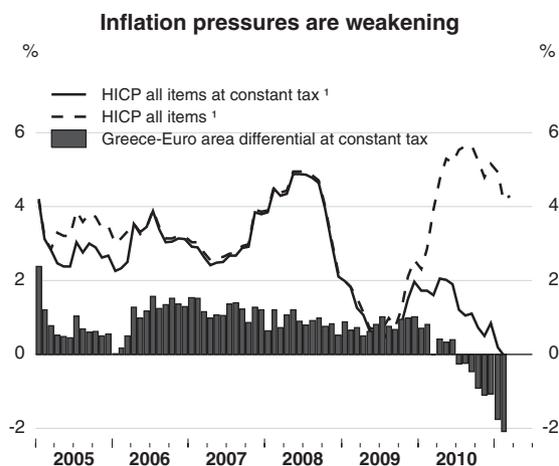
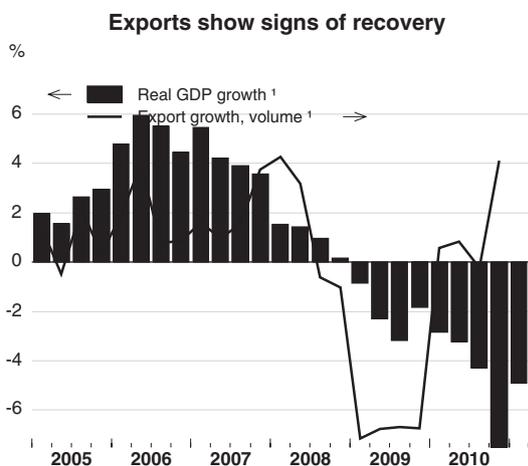
Die Wirtschaft befindet sich im Zusammenhang mit den umfangreichen, aber unerlässlichen haushaltspolitischen Sparmaßnahmen in einer schweren Rezession. Eine Rückkehr zu nachhaltigem positiven Wachstum wird für 2012 projiziert, wenn die Auslandsnachfrage anzieht, sich die Wettbewerbsfähigkeit verbessert und die als Reaktion auf die Finanzkrise durchgeführten weitreichenden Strukturreformen zu greifen beginnen. Die hohen Kapazitätsüberhänge in der Wirtschaft und die steigende Arbeitslosigkeit werden den Inflationsdruck gering halten. Der Ausblick ist mit bedeutenden Risikofaktoren behaftet, vor allem solchen, die zu einer negativeren Entwicklung führen könnten.

Die Einhaltung des im Mai 2010 mit der Europäischen Union (EU) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbarten Haushalts- und Strukturanpassungsprogramms ist unerlässlich für die Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit und des Marktvertrauens, der langfristigen Tragfähigkeit der Staatsverschuldung und der Wettbewerbsfähigkeit. Der Erfolg hängt entscheidend von einer rigorosen Ausgabenkontrolle und weiteren Fortschritten bei der Bekämpfung der Steuerflucht ab, die mit umfassenden Reformen einhergehen müssen, um gegen die chronischen Rigiditäten in der Finanzverwaltung und an den Arbeits- und Produktmärkten vorzugehen.

Die Wirtschaftstätigkeit ging drastisch zurück

Die gesamtwirtschaftliche Produktion verringerte sich 2010 um 4,5%, da die Inlandsnachfrage abstürzte, stieg aber im ersten Quartal 2011 mit einer Jahresrate von 3½%. Der private Verbrauch ging 2010 auf Grund der sich verschlechternden Arbeitsmarktlage, der sinkenden Einkommen und eines Rückgangs der Konsumkreditnachfrage drastisch zurück. Auch der seit dem Beginn der Krise verzeichnete Abwärtstrend bei den Investitionen setzte sich fort. Die Exporte verbesserten sich dagegen Ende 2010 und im ersten Quartal 2011 ganz erheblich. Die Arbeitslosenquote war Anfang 2011 auf rd. 16% gestiegen. Die Industrieproduktion, der Einzelhandel und das Konsumkreditwachstum lassen allesamt darauf schließen, dass sich die Konjunktur – trotz des weiter andauernden deutlichen Lichtblicks in Form neuer Exportaufträge im Industriesektor – in den nächsten Monaten schwach

Greece



1. Year-on-year percentage change.

Source: OECD Economic Outlook 89 database and Eurostat.

StatLink <http://dx.doi.org/10.1787/888932429564>

Greece: Demand, output and prices

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Current prices € billion	Percentage changes, volume (2000 prices)				
GDP at market prices	227.1	1.0	-2.0	-4.5	-2.9	0.6
Private consumption	162.7	3.2	-2.2	-4.5	-5.4	-0.2
Government consumption	41.8	1.5	10.3	-6.5	-7.1	-4.3
Gross fixed capital formation	47.5	-7.5	-11.2	-16.5	-10.4	0.3
Final domestic demand	252.1	0.8	-1.9	-6.9	-6.5	-0.9
Stockbuilding ^{1,2}	2.1	0.5	-2.5	0.9	-0.4	0.0
Total domestic demand	254.2	1.2	-4.0	-6.1	-6.9	-0.9
Exports of goods and services	51.4	4.0	-20.1	3.8	9.4	9.4
Imports of goods and services	78.6	4.0	-18.6	-4.9	-8.7	2.7
Net exports ¹	-27.1	-0.5	2.2	2.3	4.8	1.5
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	—	3.3	1.3	2.5	0.3	0.7
Harmonised index of consumer prices	—	4.2	1.3	4.7	2.9	0.7
Private consumption deflator	—	4.0	1.1	4.7	2.6	0.7
Unemployment rate	—	7.7	9.5	12.5	16.0	16.4
General government financial balance ³	—	-9.8	-15.6	-10.4	-7.5	-6.5
Current account balance ⁴	—	-14.7	-11.0	-10.4	-8.6	-7.2

1. Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.

2. Including statistical discrepancy.

3. National Accounts basis, as a percentage of GDP.

4. On settlement basis, as a percentage of GDP.

Source: OECD Economic Outlook 89 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932430818>

entwickeln wird. Die Gesamtinflation erreichte 2010 auf Grund der im Rahmen des derzeitigen Anpassungsprogramms vorgenommenen Steueranhebungen 4,7%; unter Ausklammerung der Steuereffekte lag die Inflation seit dem zweiten Halbjahr weit unter dem Euroraumdurchschnitt. Der Inflationsdruck ließ Anfang 2011 in dem Maße, wie sich die Inlandsnachfrage weiter abschwächte, nach, und das Gefälle der Kerninflation gegenüber dem Euroraum wurde eingeebnet.

Eine rigorose Umsetzung des Austeritätsprogramms bleibt oberste Priorität

Das Defizit des Sektors Staat ging 2010 um 5 Prozentpunkte auf 10½% des BIP zurück, womit die Zielvorgabe von 9½% des BIP leicht verfehlt wurde. Auf der Basis der bisherigen Ergebnisse, die die bedeutenden Ausgabenkürzungen widerspiegeln, ist das Haushaltsdefizit der Zentralregierung offenbar zielkonform. Die Steuereinnahmen bleiben jedoch trotz einer deutlichen Verbesserung des Mehrwertsteueraufkommens weiter hinter den Erwartungen zurück. Die OECD-Projektion geht davon aus, dass das Defizit 2011 7½% des BIP und 2012 6½% des BIP betragen wird, was den offiziellen Zielvorgaben im Rahmen des EU/IWF-Wirtschaftsprogramms entspricht. Bei den Projektionen sind die zusätzlichen Maßnahmen berücksichtigt, die im April 2011 von der Regierung angekündigt wurden und die Verfehlung des Haushaltsziels 2010 kompensieren sollen. Die Staatsverschuldung wird den Projektionen zufolge bis Ende 2012 auf über 150% des BIP ansteigen – selbst unter Berücksichtigung der erwarteten Privatisierungserlöse. Dieser hohe Schuldenstand

unterstreicht die absolute Notwendigkeit, die Haushaltskonsolidierung fortzusetzen und weitere finanzpolitische Strukturreformen durchzuführen. Umfassende Strukturreformen mit dem Ziel, die Arbeits- und Produktmärkte dynamischer zu machen, sind ebenfalls unverzichtbar, um die Beschäftigung und die Einkommen zu erhöhen und die Schuldendynamik zu verbessern.

Die Projektionen implizieren, dass die Spreads im Lauf der Zeit etwas zurückgehen

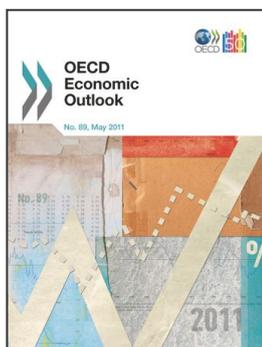
Auf Grund der gestiegenen Besorgnis über die mögliche Umstrukturierung der Staatsverschuldung vergrößerte sich der Renditeabstand der Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit gegenüber Deutschland im April durchschnittlich auf fast 10 Prozentpunkte. In den Projektionen wird davon ausgegangen, dass dieser Abstand im weiteren Jahresverlauf 2011 konstant bleiben und sich dann 2012 verringern wird, weil die Haushalts- und Struktur-anpassungsprogramme Früchte zu tragen beginnen, was das Vertrauen erhöht, oder weil sich die Auffassung durchsetzt, dass bei Bedarf zusätzliche öffentliche Finanzmittel bereitgestellt würden.

Die Konjunktur dürfte allmählich wieder an Dynamik gewinnen

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird den Projektionen zufolge 2011 weiter zurückgehen, wenn auch in mäßigerem Tempo (rd. -3%), da der von der beschleunigten Haushaltssanierung auf die Wirtschaft ausgehende Effekt abklingt. Das BIP wird sich 2012 voraussichtlich erhöhen, da sich Investitionen und Exporte unter dem Einfluss der wettbewerbssteigernden Strukturreformen und der anziehenden Auslandsnachfrage wieder beleben werden. Die schnellere Absorption der Finanzierungsmittel aus dem EU-Strukturfonds dürfte ebenfalls einen stimulierenden Effekt haben. Die Inflation wird im Projektionszeitraum voraussichtlich sinken, da sich die Arbeitslosenquote 2012 auf über 16% erhöhen und ein bedeutender Kapazitätsüberhang fortbestehen wird. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich 2012 wahrscheinlich auf etwas über 7% des BIP verringern, was durch die positiven Aussichten für die Exporte, insbesondere in den Bereichen Fremdenverkehr und Schiffbau, Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit und die weiterhin schwache Inlandsnachfrage bedingt ist.

Die Projektionen sind mit erheblichen Risikofaktoren, zumeist in negativer Hinsicht, behaftet

Der Weg zu tragfähigen öffentlichen Finanzen und erneutem Wirtschaftswachstum ist offensichtlich mit Risikofaktoren verbunden. Auf internationaler Ebene könnte es in vieler Hinsicht zu negativen Entwicklungen kommen, wie z.B. einem weiteren Vertrauensschwund oder einer bedeutenden Abschwächung an den Exportmärkten. Auf diese Faktoren kann die Regierung kaum Einfluss nehmen. Sie kann jedoch die Umsetzung des fiskalischen Anpassungsprogramms und der Strukturreformen fortsetzen. Eine Verlangsamung in diesen Bereichen würde sich in der Tat negativ auf die Glaubwürdigkeit auswirken und damit die ohnehin schwierige Situation noch verschlimmern. Zugleich könnten aber auch die Exporte für eine positive Überraschung sorgen, und klare Anzeichen dafür, dass sich die Reformen bezahlt machen, würden dem Vertrauen Auftrieb geben.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2011 Issue 1

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2011-1-en

Please cite this chapter as:

OECD (2011), "Griechenland", in *OECD Economic Outlook, Volume 2011 Issue 1*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2011-1-20-de

This document, as well as any data and map included herein, are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area. Extracts from publications may be subject to additional disclaimers, which are set out in the complete version of the publication, available at the link provided.

The use of this work, whether digital or print, is governed by the Terms and Conditions to be found at <http://www.oecd.org/termsandconditions>.